

# Das Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung Viktor Orbán

Arbeitspapier  
Juni 2010

## Einführung

*Das mit Spannung erwartete Wirtschaftsprogramm der neuen rechtspopulistischen Fidesz-Regierung wurde von Ministerpräsident Viktor Orbán am 8. Juni im ungarischen Parlament vorgestellt. Brisant wurde das Ereignis aufgrund der Ankündigung einiger Regierungsvertreter, das Haushaltsdefizit könne doppelt so hoch ausfallen wie geplant. Dieser Fauxpas sorgte für erhebliche Unsicherheit an den Aktien- und Devisenmärkten – der Forint verlor deutlich an Wert. Nach dem „Griechenland-Vergleich“ waren nicht nur die Augen der Ungarn auf den Aktionsplan gerichtet, sondern auch international wurden Orbáns Ankündigungen mit großem Interesse verfolgt.*

*Aufgrund eines 20 Milliarden Euro Kredites, den IWF, EU und Weltbank Ungarn im Oktober 2008 gewährten, um das Land vor dem Staatsbankrott zu retten, muss auch die neue Regierung die Staatsfinanzen weiter konsolidieren: Orbán präsentierte im Parlament einen 29 Punkte umfassenden „Aktionsplan“ und kündigte gleichzeitig die Errichtung eines „neuen ökonomischen Systems“ an.*

*Nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens werden durch den Plan tangiert – es ist eine Mischung aus Steuersenkungen und neuen Abgaben vorgesehen. Die folgende Übersicht liefert einen Überblick über die wichtigsten geplanten Maßnahmen.*

## I. Orbáns Aktionsplan im Überblick:

### Steuern

- ab 2011 soll ein einheitlicher Einkommenssteuersatz von 16 Prozent gelten (bisher gestaffelt: 17% bis 5 Mio. HUF/Jahr, darüber 32%)
- Entlastung der KMU: Senkung der Unternehmenssteuer von 19 Prozent auf 10 Prozent für Unternehmen mit einem Nettogewinn von bis zu 500 Mio. HUF (ca. 1,75 Mio. EUR) – bisher lag die Grenze bei 50 Mio. HUF (ca. 176 000 EUR)
- Einführung einer Familien-Flat-Rate-Steuer zur Entlastung von Familien mit Kindern
- Einführung einer befristeten Sondersteuer für Finanzinstitutionen (Banken, Versicherungen und Leasinggesellschaften); die Besteuerung der Gewinne soll rund 200 Mrd. HUF (700 Mio. EUR) in die Staatskassen spülen; Details nannte Orbán bisher keine.

## **Öffentlicher Dienst, Staatsbetriebe und Behörden**

- Deckelung der Spitzeneinkommen in Staatsbetrieben und staatlichen Behörden in Höhe von monatlich 2 Mio. HUF (ca. 7 000 EUR)
- Kürzung der Gehälter im öffentlichen Dienst um 15 Prozent
- Begrenzung von Abfindungszahlungen in staatlichen Unternehmen auf zwei Monatsgehälter
- Einsparung von 120 Mrd. HUF durch Ausgabenstopp für staatliche Einrichtungen, sowie durch die Restrukturierung, Fusion oder Auflösung von Behörden
- Zahl der Aufsichtsräte und Vorstände in staatlich kontrollierten Unternehmen soll von derzeit 319 auf 60 bei den Vorständen und auf 450 von 636 Aufsichtsräten reduziert werden – Einsparungspotenzial 48 Mrd. HUF
- Parteienfinanzierung wird um 15 Prozent gekürzt

## **Sonstige Maßnahmen**

- Verbot von Fremdwährungskrediten für private Hypothekenkredite
- Einrichtung eines Fonds für in Not geratene private Kreditnehmer

## **II. Reaktionen aus Wirtschaft und Politik**

### *MSZP*

Der Oppositionsführer im ungarischen Parlament, **Attila Mesterházy**, kritisierte den schizophrenen Charakter des Orbán-Aktionsplans. Viele Maßnahmen des Paketes legten bereits die MSZP-Regierungen unter Gyurcsány und Bajnai auf den Tisch – damals scheiterten sie jedoch am Widerstand des Fidesz, der die Ideen nun als die eigenen verkaufte. Beispielsweise habe die sozialistische Vorgängerregierung ein ähnliches Steuersystem mit einem Einkommenssteuersatz von 17 Prozent vorgesehen. Allerdings ergänzt durch einen zweiten Steuersatz für sehr hohe Einkommen. Der Fidesz-Plan einer einheitlichen „Flat Tax“ bringe vor allem Vorteile für Besserverdiener mit sich, da bereits 88 Prozent der Steuerzahler unter den derzeitigen 17%-Satz fallen. Auch die 15-prozentige Gehaltskürzung im öffentlichen Dienst treffe die unteren Gehaltsgruppen viel stärker als die oberen. Positive Worte fand der MSZP-Fraktionschef für die geplante Bankenabgabe, die allerdings nicht zu Lasten der Kunden gehen dürfe.

Die Parteivorsitzende **Idikó Lendvai** sagte, dass die Vorhaben die gesellschaftliche Spaltung sowie die Kluft zwischen Arm und Reich weiter verschärfen werde. Es könne nicht sein, dass die Geringverdiener zur Kasse gebeten werden und damit für die Begünstigungen zahlen, die der Fidesz den Wohlhabenden gewährt.

### *LMP*

Die Kritik der neu ins Parlament eingezogenen LMP stieß in eine ähnliche Richtung. Die grün-bürgerliche Partei sprach von einem „neokonservativen Schwenk“, der vor allem die Armen treffen werde. Als reinen Populismus wertete der Fraktionsvorsitzende **András Schiffer** die angekündigten Steuerkürzungen. Die Maßnahmen für einen schlanken Staat seien reine Demagogie.

### *Gewerkschaften*

Angesichts der teils drastischen Einschnitte fielen die bisherigen Reaktionen der Gewerkschaften eher verhalten aus. Der MSZOSZ-Präsident **Péter Pataky** zeigte sich besorgt angesichts des einheitlichen Einkommenssteuersatzes. Zwar begrüßte er die Ankündigung, ein einfacheres und gerechtes Steuersystem aufzubauen, gleichzeitig äußerte der Gewerkschaftschef, dass „Flat Taxes“ die Gerechtigkeit nicht steigern, sondern das Problem eher verschärfen.

### *Banken*

Von einer „riesigen Bürde“, die seine Branche derzeit nicht schultern könne, sprach der Chef Bankenvereinigung. **Tamás Erdei** von der MKB prophezeite, dass die Sondersteuer einige Institute in die Verlustzone bringen würde. **György Bartha**, Analyst bei der CIB Bank, stellte die These auf, dass die Eile der Regierung allen voran einer Tatsache geschuldet sei: Orbán wollte die Panik an den Märkten beseitigen und einen Flächenbrand verhindern.

### *Experten*

Nach Ansicht vieler Analysten bildet der „29-Punkte-Plan“ ein wildes Durcheinander von ökonomischen Absichten und populistischen Sofortmaßnahmen. Zudem stellten verschiedene Wirtschafts- und Politikinstitute einen „überwiegend symbolischen“ Charakter der Maßnahmen fest und kritisierten, dass die Auswirkungen der Steuerreform ab 2011 noch gar nicht zu berechnen sind. Zwar sei der Aktionsplan ein Schritt in die richtige Richtung, aber allein für sich, könne er kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum sowie die Konsolidierung der Finanzen bewirken – dazu brauche es tiefgreifende Strukturreformen, hieß es übereinstimmend aus dem Kreis der Wirtschaftsanalysten.

## **III. Ausblick**

Nach wie vor ist völlig offen, ob die angestrebte Begrenzung des Haushaltsdefizits auf 3,8 Prozentpunkte mit diesem Programm erreicht werden kann. Insbesondere die Implikationen der Steuerreform sind nur schwer vorhersehbar. Durch die angekündigte Senkung der Unternehmenssteuer und des einheitlichen Einkommenssteuersatzes entgehen dem ungarischen Fiskus jährlich schätzungsweise 150-200 Mrd. HUF. Ob dieses Minus auf der Einnahmeseite durch die Bankenabgabe aufgefangen werden kann, ist im Moment noch unklar.